

Deklaration der in Frankfurt vertretenen Regierungen an den Heiligen Stuhl vom 24. Juli 1818

Die Deklaration entstand am 24. Juli 1818 auf den Frankfurter Konferenzen. Sie wurde am 7. Oktober verabschiedet. Sie formulierte die staatskirchenrechtlichen Vorstellungen der beteiligten südwestdeutschen protestantischen Staaten und war eine lateinische Kurzfassung der "Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der katholischen Kirche in deutschen Bundesstaaten", die am 30. April 1818 verabschiedet worden waren. Eine Delegation, die von Februar bis Oktober in Rom war, legte sie dem Heiligen Stuhl vor. Den Regierungen war bewusst, dass der Heilige Stuhl ihre in den "Grundzügen" formulierten Ansprüche insgesamt ablehnen würde, weswegen die Deklaration nur die notwendigerweise mit dem Heiligen Stuhl zu klärenden gemeinsamen Angelegenheiten enthielt.

Quellen:

Deklaration der in Frankfurt vertretenen Regierungen an den Heiligen Stuhl vom 24. Juli 1818 [Auszug], in: HUBER, Ernst Rudolf / HUBER, Wolfgang (Hg.), Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, Bd. 1: Staat und Kirche vom Ausgang des alten Reichs bis zum Vorabend der bürgerlichen Revolution, Darmstadt²2014, Nr. 104, S. 241-245 [deutscher Text].

Literatur:

Frankfurter Konferenzen; [Schlagwort Nr. 1692](#).

IHLI, Stefan, Kirchliche Gerichtsbarkeit in der Diözese Rottenburg im 19. Jahrhundert. Ein Exempel der Beziehungen zwischen Kirche und monarchischem Staat (Tübinger Kirchenrechtliche Studien 7), Berlin 2008, S. 51.

Empfohlene Zitierweise:

Deklaration der in Frankfurt vertretenen Regierungen an den Heiligen Stuhl vom 24. Juli 1818, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 3329, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/3329. Letzter Zugriff am: 16.01.2025.